
Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses gemeinsam mit dem Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung zum Haushalt 2026 am 03.12.2025

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 21:22 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der gemeinsamen Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung und Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, begrüßen die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste zur Sitzung. Sie stellen die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit im Haupt- und Personalausschuss mit 10 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern sowie im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung mit 7 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Es werden keine Wortmeldungen hervorgebracht. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 10:00:00
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung: 07:00:00

3 Genehmigung der Niederschrift vom 30.10.2025

Es werden keine Wortmeldungen erhoben. Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 08:00:02
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung: 06:00:01

4 Einwohnerfragestunde

Frau Schoch stellt folgende Fragen:

Frage 1:

Für die Restaurierung des Schlosses Georgium wurden der Stadt Fördermittel von der EU, dem Bund und dem Land ausgereicht. Sind diese, und wenn ja, in welcher Höhe infolge des Eigentümerwechsels zurück zu zahlen?

Frage 2:

Die Finanzierung der Aufgaben der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz (KsDW) ist noch nicht ausgerichtet auf die geplante Zustiftung. Aus der Vergangenheit ist uns Bürgern bekannt, dass die KsDW jegliches Interesse an Georgium und Gemäldegalerie verliert, wenn sich keine entsprechende zusätzliche Finanzierung für sie ergibt. Der Stadt und damit uns Bürgern war ein erheblicher Nachteil aus den baulichen Verzögerungen durch die Eingriffe der KsDW am Georgium zu Beginn der Restaurierung des Gebäudes entstanden. Falls der Finanzrahmen der KsDW nicht erhöht wird, fällt dann die sogenannte Zustiftung an die Stadt zurück und wenn ja, wer trägt die damit verbundenen Kosten für die Rückführung und die rechtliche Auseinandersetzung?

Frage 3:

Wenn der Haushalt unserer Stadt keine Möglichkeit zu einem Erhalt von Kulturgut bietet, keine Haushaltsmittel für eine förderliche Arbeit in der Anhaltischen Gemäldegalerie Dessau seit Jahren eingestellt sind, weil wohl die Mittel fehlen, woher nimmt die Verwaltung den Mut, eine in ferner Zukunft liegende Bundesgartenschau (BUGA) vorbereiten und realisieren zu wollen? Wie soll diese wohl ein Gefühl von Verbundenheit mit unserer Stadt stiften, wenn dafür unsere kulturellen Werte und Traditionen preisgegeben werden. Ich möchte wissen, ob die Annahme des Mandats für die Verhandlungen durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck mit dem von ihm geleisteten Amtseid als Oberbürgermeister in Einklang stehen.

Frage 4:

Ich möchte nur noch wissen, was aus dieser Stadt werden soll, wenn ohne Gegenleistung solche Vermögenswerte übertragen werden. Irgendwann ist auch der Oberbürgermeister nicht mehr Dessauer, aber es bleibt eine zerstörte Stadtkulturlandschaft zurück und das möchte ich den Stadträten und allen Verantwortlichen mit auf den Weg geben

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, zur Sitzung. Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, übergibt ihr Stimmrecht an Herrn Stadtrat H. Weber. Die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses verbleibt bei 10 stimmberechtigten Mitglieder.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass die Förderung immer an den Zweck gebunden ist und die Zweckbindung ausschlaggebend für die Fördermittelbindung ist. Die Zwecke werden unverändert auch in Zukunft, sofern es denn ein Mandat gibt und einen Eigentümerwechsel fortgeführt. Insofern ist die Frage damit zu beantworten, dass die Fördermittel an den Förderzweck gebunden sind und andernorts beispielsweise ja auch weitergeleitet werden an andere Zuwendungsempfänger, die den Zweck dann auch sicherzustellen haben.

Bezüglich der Finanzierung erläutert er, dass die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz finanziell in die Lage versetzt werden muss, sofern es zu einer Übertragung kommt. Der Koalitionsvertrag hat hierfür die Voraussetzung geschaffen. Derzeit kann die Kulturstiftung noch nicht entsprechend ausgestattet sein, da sie noch keine Zustiftung erhalten hat. Nach dem Prinzip "der Aufgabe folgt das Budget" ist dies im Koalitionsvertrag vereinbart. Zur Frage baulicher Verzögerungen kann er keine Auskunft geben, da die Kulturstiftung Dessau Wörlitz während seiner Verantwortung nie an baulichen Dingen beteiligt war – die Kulturstiftung Sachsen-Anhalt war der Partner bei der Sanierung, nicht die Kulturstiftung Dessau Wörlitz.

Zum Punkt Erhalt von Kulturgut erläutert Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, dass die Arbeit der Kulturstiftung Dessau Wörlitz einen in der Satzung und dem Gesetz über die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz (KSDW-G) geregelten Zweck hat: die Entwicklung, Pflege und Bewahrung des Erbes des Dessau-Wörlitzer Gartenreichs. Die Kulturstiftung Dessau Wörlitz ist der Arbeit von Vereinen zugänglich – beispielsweise unterstützt der Lions Club die Kulturstiftung Dessau Wörlitz und ist in der Vergangenheit auf fruchtbaren Boden gefallen. Dieses ehrenamtliche Engagement wird von Stadt Dessau-Roßlau und Kulturstiftung Dessau Wörlitz geschätzt.

Zur Frage, ob dies mit dem Amtseid vereinbar sei, erklärt er, dass die Aufgabe des Oberbürgermeisters ist, sich zum Wohle der Stadt einzusetzen und das Gesamtwohl im Auge zu haben. Eine Zustiftung an die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz – wie bereits beim Schloss Mosigkau geschehen – ist unter den entsprechenden Voraussetzungen selbstverständlich mit dem Amt vereinbar. Die Stadt ist zudem selbst Stiftungsratsmitglied der Kulturstiftung. Die übrigen Fragen würden unter dem Tagesordnungspunkt 5.3 erläutert werden. Ferner verweist Herr Oberbürgermeister Dr. Reck auf die Ausführungen von Frau Bürgermeisterin Lohde in der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 19.11.2025.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

5 Beschlussfassungen

5.1 Haushaltssatzung 2026, Haushaltsplan 2026, Stellenplan 2026 Vorlage: BV/289/2025/II-20

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung sowie **Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen**, führen in die Thematik ein.

Folgende Fragen werden hervorgebracht.

Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, hat eine kurze Nachfrage zur geänderten Anlage, in der die geänderte Haushaltslage bzw. der Rückgriff auf Rücklagen verzeichnet ist. Dort wird für 2025 ein Defizit von 12,5 Millionen Euro ausgewiesen, das aus der Rücklage bedient werden muss. Weiterhin möchte sie erfahren, ob die 25 Millionen Euro Aufwuchs bei der Gewerbesteuer bereits verrechnet sind.

Frau Wirth erläutert, dass im Jahr 2025 ist ein geplantes Defizit von 50,5 Millionen Euro vorgesehen ist. Man kommt auf die 12 Millionen Euro, weil eine Ergebnisverbesserung von 38 Millionen Euro eingerechnet wurde. 30 Millionen Euro davon sind Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer, die letzte Woche verkündet wurden.

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Rumpf, Fraktion CDU, zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung erhöht sich auf 8 stimmberechtigte Mitglieder.

Herr Dr. J. Nothdurft, Fraktion AfD, möchte wissen, wie mit den unterschiedlichen Abstimmungsergebnissen bei den Haushaltsanträgen in der letzten gemeinsamen Sitzung umgegangen wird.

Herr Beigeordneter Ulbrich erläutert, dass das Abstimmungsergebnis des Haupt- und Personalausschuss als maßgebliches Ergebnis herangezogen wurde.

Weiterhin möchte **Herr Stadtrat Dr. J. Nothdurft** erfahren, wieso sich die Grundsteuereinnahmen aus 2025 in 2025 auswirkt, aber der Fehlbedarf in 2028 unverändert bleibt.

Frau Wirth erläutert, dass es sich bei den Steuermehreinnahmen des Jahres 2025 um Nachzahlungen für die Veranlagungsjahre 2023 und 2024 handelt. Eine Nachzahlung mit Anpassung der Vorauszahlung wirkt dabei über mehrere Jahre. Dies ist nicht identisch mit einer durchgängigen Niveauerhöhung, die zwar ebenfalls geplant ist, jedoch nicht in der Höhe der Einnahmen liegt, die dieses Jahr teilweise aus drei Jahren stammen.

Frau Neumann, Fraktion CDU, hinterfragt, ob die Konsolidierungsmaßnahmen bisher nicht gegriffen haben bzw. nicht dazu geführt haben, dass ein Ausgleich erkennbar ist. Die Konsolidierungsmaßnahmen würden natürlich weitergeführt, jedoch hätte sie gerne einen Ausblick, wann diese voraussichtlich greifen könnten. Demnächst stehe die Abstimmung über den Haushalt im Stadtrat an. Nach der Abstimmung gehe der Haushalt zur Prüfung an das Landesverwaltungsamt. Ihrer Einschätzung nach werde es im ersten Schritt vom Landesverwaltungsamt keine positive Bescheinigung geben. Frau Stadträtin Neumann bittet um einen zeitlichen Rahmen dazu.

Herr Beigeordneter Ulbrich informiert, dass das Konsolidierungskonzept Anfang/Mitte des Jahres aufgesetzt wurde. Die Umsetzung hat begonnen und ist ein permanenter Prozess – nicht alle Maßnahmen sind bereits umgesetzt, sondern befinden sich noch in der Umsetzung. Beispielsweise wird die Vorlage zur Anpassung der Parkplatzgebühren voraussichtlich im nächsten Stadtrat des neuen Jahres vorgelegt, erst dann greifen die entsprechenden Einnahmen. Weitere Maßnahmen kommen ebenfalls erst noch zur Umsetzung.

Weiterhin sind drei große Konsolidierungsmaßnahmen nicht 1:1 im Haushalt abgebildet: die Anpassung der Personalaufwendungen, die Anpassung der Sachaufwendungen und die Veräußerung von Liegenschaften/Mietwohnungen, die im Übersichtspapier exemplarisch dargestellt sind. Diese Maßnahmen müssen noch weiter konkretisiert werden. Es ist ein laufender Prozess.

Zur zweiten Frage bezüglich der Genehmigungsfähigkeit des Haushalts erläutert Herr Beigeordneter Ulbrich, dass man davon ausgeht, dass unter Einsatz der Rücklagen eine Zustimmung von der Kommunalaufsicht erfolgen wird, jedoch wird es sicherlich Auflagen und eine zweite Runde mit Rückfragen geben, insbesondere bezüglich der Investitionen – analog zu diesem Jahr.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, erinnert sich an einen erheblichen Investitionsstau in den vergangenen Jahren. Es wurden Maßnahmen eingeplant, die letztendlich nicht umgesetzt werden konnten – dabei handelte es sich jeweils um Millionen Euro, die nicht abgeflossen sind. Wenn er die Entwicklung der vergangenen zwei Jahre betrachtet und auf die kommenden zwei Jahre hochrechnet, ist er vorsichtig optimistisch, dass nicht ein großer Schuldenberg entsteht, sondern dass es möglicherweise nicht gelingt, alle jetzt eingepreisten Maßnahmen tatsächlich umzusetzen. Er fragt, ob diese Einschätzung zutreffend ist oder ob er falsch liegt.

Herr Beigeordneter Ulbrich berichtet, dass beim Investitionshaushalt bereits Anpassungen vorgenommen und gegenüber dem Vorjahr insgesamt Abschichtungen bzw. Reduzierungen durchgeführt wurden. Er räumt ein, dass man sich immer viel vornimmt, was auch teils an Förderkulissen liegt. Um Fördermittel einzuwerben, ist es oft Voraussetzung, den entsprechenden Haushalt abzubilden, was mit diesem Investitionshaushalt geschieht. Man nehme sich stets eine gute Portion Arbeit im investiven Bereich vor – das sei so üblich.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft, thematisiert das Sondervermögen. Er möchte erfahren, wie es sich in der Rechnung auswirken würde und ob es bereits eingeflossen ist.

Herr Beigeordneter Ulbrich gibt bekannt, dass das Sondervermögen im Haushalt abgebildet ist. Es wurde eine separate Anlage eingestellt. Dort sind die Maßnahmen aufgeführt, welche letzte Woche besprochen und angemeldet wurden.

Herr Adamek, Fraktion CDU, thematisiert zuerst das Sondervermögen. Zur Liste Sondervermögen ist ihm aufgefallen, dass Themen fehlen, die im Gremium angesprochen wurden, etwa die Grundschule Am Akazienwäldchen und die L-Schule. Er bittet um eine Kalkulation und sukzessive Aktualisierung der Liste, da noch keine konkreten Entscheidungen getroffen wurden.

Beim Tierpark fiel ihm auf, dass im Vergleich zur Vorwoche die Beleuchtung nicht mehr enthalten ist, dafür jedoch eine Alarmanlage. Er fragt, wie sich diese Änderung begründet, die eine Kostenreduzierung von 200.000 bis 250.000 Euro bedeutet.

Zu den 2,7 Millionen Euro für die Schillstraße 8 möchte er wissen, was der Umzug vom August-Bebel-Platz ins DWG-Gebäude zuzüglich der Mieten insgesamt gekostet hat. Er hatte letztes Jahr eine Zahl von 3,5 Millionen Euro genannt, vermutet jedoch, dass diese mittlerweile nicht mehr ausreicht. Dies müsse bei künftigen Umzügen berücksichtigt werden.

Abschließend thematisiert Herr Stadtrat Adamek die Bundesgartenschau (BUGA). Es seien mehrere BUGA-Projekte im Haushalt enthalten, jedoch fehle bisher das aktuelle BUGA-Konzept und die Planung. Man beschließe wohlwollend mögliche BUGA-Projekte, kenne aber das große Ganze, auf dem diese basieren, im Prinzip noch nicht. Er fragt, wann dieses Konzept vorliegt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass mit der Städtebauförderkulisse man eine Konkretisierung der BUGA-Kulisse, die bereits in Fachausschüssen und im Stadtrat vorgestellt wurde, erhält. Diese werde über die Städtebauförderung dargestellt, da auch entsprechende Mittel zur Umsetzung benötigt werden. Zudem sind im Durchführungsvertrag bereits per Beschluss Schwerpunktfelder benannt worden. Die Information werde selbstverständlich zur Verfügung gestellt.

Er erinnert daran, dass 80 Prozent der Maßnahmen im BUGA-Konzept ohnehin geplante städtische Maßnahmen sind. In der Übersicht zum BUGA-Haushalt für 2026 und 2027 finden sich Projekte wie der Stadteingang Ost und die Umgestaltung der Mühleninsel als BUGA-Maßnahmen – also Dinge, die unter der Überschrift BUGA kurzfristig vorangetrieben werden. Weitere umfangreiche Informationen würden folgen.

Auch die Umfeldgestaltung des historischen Arbeitsamtes sind unter BUGA abgebildet, wozu bereits Beschlusslagen vorliegen. Für den Georgengarten sind Klimaanpassungsmaßnahmen vorgesehen, für die großzügige Bundesmittel bewilligt wurden. Der Realisierungswettbewerb ist ebenfalls enthalten.

Alles, was darüber hinausgeht, werde im nächsten Jahr dargestellt und für die Folgejahre im Haushalt abgebildet. Aktuell sind im Investitionsplan Dinge enthalten, die ohnehin als Investitionsmaßnahmen geplant waren.

Herr Beigeordneter Ulbrich erläutert, dass in der aktuellen Übersicht die Maßnahmen aufgenommen und dargestellt wurden, die den Planungsstand haben, um im nächsten Jahr in die Umsetzung zu gehen. Alle weiteren geführten Diskussionen würden noch aufgegriffen. Man gehe davon aus, dass weitere diskutierte Maßnahmen erst ab 2027 umgesetzt werden, sodass sie derzeit nicht abgebildet werden müssen. Die Hinweise würden selbstverständlich in einer weiteren Diskussion zur Ausgestaltung des Sondervermögens aufgegriffen. Die Maßnahme zur Beleuchtung des Tierparks ist enthalten.

Herr Stadtrat Eichelberg möchte erfahren, wie all die Maßnahmen umgesetzt werden sollen mit dem zu Verfügung stehenden Personal.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, berichtet, dass das Dezernat auf die Situation reagiert und Anmeldungen reduziert hat, dennoch steigen die Zahlen, weil andere Bereiche oft aus verschiedenen Gründen stocken. Für ihren Bereich resümiert sie: Wenn es eine satzungslose Zeit von acht Monaten gibt, sind Neubeginne nicht möglich. Auch die Haushaltssperre führt dazu, dass nicht wie geplant begonnen werden kann und Mittel nicht abfließen. Dies ist schmerzlich, da man erwarte, dass Dinge abgearbeitet werden, was teilweise nicht möglich ist und viel zusätzliche Arbeit verursacht.

Trotzdem werde im Hochbaubereich weitergearbeitet, etwa bei der Regenbogenschule mit dem Abbruch und der Ausschreibung der Planungsleistung – man macht sich trotz satzungsloser Zeit auf den Weg. Das Referat für Stadtgrün habe viele Maßnahmen abgearbeitet, darunter den Lustgarten, den Vorplatz, die Mühleninsel und den Georgengarten. Für 2026 muss gesteuert werden, was auch mit vielen Abstimmungen zusammenhängt. Denkmalschutz- und naturschutzrechtliche Aspekte führten zu hohem Abstimmungsbedarf und Problemen bei der Lösungsfindung, was die Arbeit sehr behindert.

Ein möglicher Paradigmenwechsel: Man denke oft in großen Neubaumaßnahmen statt in Reparaturen. Es müsse umgedacht werden – wie viel Platzbedarf besteht, können alte Kitas oder Schulen genutzt werden, wo kommt die Verwaltung unter? Diese strukturellen Fragen müssten grundsätzlich besprochen werden, da man oft beim Ersatzneubau lande. Reparaturen – etwa Fenster oder Heizung – blieben liegen und bei schwieriger Haushaltslage würden ganze Vorhaben verschoben, sodass an Schulen, in Büros oder am Krötenhof nichts passiere. Dies müsse man sich verdeutlichen, könne heute jedoch nicht besprochen werden.

Nach einem weiteren ausführlichen Meinungsaustausch wird die Beschlussvorlage in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss:

06:03:01

5.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 und Folgejahre Vorlage: BV/290/2025/II-20

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, führt kurz in die Thematik ein.

Herr George, Fraktion Bündnis90/ Die GRÜNEN, möchte erfahren, ob die Einnahmen aus der Bettensteuer direkt an die Stadtmarketinggesellschaft (SMG) übertragen werden.

Herr Beigeordneter Ulbrich berichtet, dass wenn der Konsolidierungsbeitrag adäquat angepasst wird, bedeutet das perspektivisch die Einführung einer Bettensteuer ab 2027. Es wird ein Jahr benötigt, um diese adäquat umzusetzen, und auch die Hotellerie muss sich darauf einstellen. Im nächsten Schritt muss dies im Haushalt 2027 entsprechend abgebildet werden, um die Zielsetzung zu erreichen. Dies nimmt auch die touristische Infrastruktur in den Blick. Die SMG ist aufgefordert, an dieser Stelle entsprechende Projekte zu unterlegen.

Herr Stadtrat George informiert, dass die Intention des Stadtrates war, die Mittel zusätzlich der SMG zuzusteuern. Nun ist er verunsichert, wie diese Mittel zur SMG kommen sollen.

Herr Beigeordneter Ulbrich gibt bekannt, dass es mit Zuschüssen zur SMG kommt, wie es derzeit auch ausgeübt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck ergänzt, dass es bisher vorgesehen war, dass die Zuwendungen an die SMG reduziert werden können, da diese über den Gästebeitrag Einnahmen erzielt. Wenn nun die Bettensteuer kommt, kann die SMG nicht direkt Einnahmen über den Gästebeitrag erzielen, sondern die Stadt erzielt diese über die Bettensteuer. Folglich können die Kürzungen der SMG nicht wie beim Gästebeitrag vorgesehen erfolgen. Bei der Finanzierung müsse dann eine höhere Zuwendung an die SMG fließen, es sei denn, es werden geringere Ausgaben beschlossen – eine doppelte Kürzung ist nicht möglich.

Es war eine Gegenfinanzierung über den Gästebeitrag vorgesehen. Wenn die Gegenfinanzierung nun über den Stadthaushalt erfolgt, muss die Zuwendung der Stadt höher ausfallen als bei einem Gästebeitrag. Die Bettensteuer insgesamt ist klar für die gesamte touristische Infrastruktur vorgesehen, soll jedoch in erheblichem Maße zur Finanzierung der Marketingausgaben dienen.

Nach einer Aussprache möchte **Frau Perl, Fraktion SPD**, erfahren, was der Industriehafen insgesamt, inklusive Drittmittel sowie Gewinne, gekostet hat. Eine schriftliche Antwort wird ihr zugesagt.

Nach einem weiteren Meinungsaustausch wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss:	05:02:03
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung:	04:02:02

Nach dem Tagesordnungspunkt wird eine 15-minütige Pause durchgeführt

5.3 Verhandlungsmandat zur Zustiftung und Aufgabenübertragung des städtischen Anteils am UNESCO Weltkulturerbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich an die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz Vorlage: BV/292/2025/I-41

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck führt ausführlich in die Thematik ein.

Nach einer ausführlichen Aussprache wird eine 11-minütige Pause durchgeführt.

Nach der Pause berichtet **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**, dass die Verwaltung als Einreicher der Beschlussvorlage folgende Änderung in der Beschlussvorlage vorgenommen hat:

- Beschlusspunkte 1 und 2 bleiben unverändert.
- Beschlusspunkt 3
 - In einer Präambel zur Zustiftung sollen sich die Vertragspartner dazu bekennen, dass die Zustiftung mit dem Ziel erfolgt, das kulturelle Erbe des Fürsten-/Herzogtums Anhalt Dessau und der früheren Residenz- und Landeshauptstadt Dessau dauerhaft zu bewahren, positiv zu entwickeln und dauerhaft auskömmlich und mindestens niveauerhaltend zu finanzieren, insbesondere die Anhaltische Philharmonie und das Anhaltische Theater (Mehrspartenhaus mit Philharmonie, Musiktheater, Schauspiel, Ballett, Puppentheater), die und deren Bewahrung im besonderem Landesinteresse sind.
- Beschlusspunkt 4
 - Das Ergebnis der Verhandlungen ist dem Stadtrat schnellstmöglich vorzulegen, um eine Beschlussfassung zur Zustiftung auf Ebene Stadt und Land im laufenden Koalitionszeitraum zu ermöglichen.

Daraufhin bringt die Fraktion AfD einen geänderten Änderungsantrag ein, welcher der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist.

Nach einem kurzen Meinungs austausch wird der Änderungsantrag der Fraktion AfD zur Abstimmung gestellt. Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

(Haupt- und Personalausschuss: 03:06:01
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung: 04:04:00)

Abschließend wird die Beschlussfassung in der geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 06:04:00
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung: 05:02:01

5.4 Teilnahme der Stadt Dessau-Roßlau am Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten" 2025/2026 mit der Maßnahme Generalüberholung der Flutlichtanlage Paul-Greifzu-Stadion Vorlage: BV/341/2025/I-52

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 10:00:00
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung: 08:00:00

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, möchte wissen, ob die Stadtverwaltung dieses Jahr etwas zu den Mietkosten an das Anhaltische Theater des Weihnachtskonzertes der Musikschule Kurt-Weill beigetragen hat oder ob es ausschließlich privat finanziert wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck kann die Frage nicht abschließend beantworten und sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Ferner berichtet **Herr Stadtrat J. U. Weber**, dass es letzte Woche vom Technikmuseum Hugo Junkers das Anliegen gab, für das nächste Jahr drei Projekte durch den Stadthaushalt abzudecken: die Umsetzung der Rundbogenhalle, den Umzug des Strommuseums und die Feier von 100 Jahren Lufthansa. Er möchte wissen, ob seitens der Stadt darüber nachgedacht wurde, diese Projekte zu unterstützen.

Er weist darauf hin, dass das Technikmuseum Hugo Junkers die höchsten Besucherzahlen aller Museen in Dessau-Roßlau aufweist. Zudem hätten sowohl das Strommuseum als auch die Gründung der Lufthansa und die Rundbogenhalle erhebliche Bedeutung für die Industriegeschichte. Dessau sei neben Berlin die erste

Stadt in Deutschland gewesen, die Elektrizität hatte, was auch die erste elektrische Eisenbahn zwischen Dessau und Bitterfeld ermöglichte. Die 100 Jahre Lufthansa sollten mit Stolz begangen werden, und man sollte prüfen, ob der Verein unterstützt werden kann.

Seine Frage lautet: Ist seitens der Verwaltung angedacht, kurzfristig einen entsprechenden Antrag in den Haushalt einzubringen – ja oder nein?

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck berichtet, dass die Verwaltung beim letzten Mal darüber informiert hat und das Schreiben ist auch an die Stadträte adressiert gewesen. Die Verwaltung hat heute den Haushaltsentwurf vorgelegt. Beim letzten Mal wurde über den relativ kurzfristig eingegangenen Antrag informiert, der aktuell nicht im Haushalt abgebildet ist. Sollte aus der Vertretung heraus der Wunsch bestehen, dies zu unterstützen, ist es selbstverständlich möglich, entsprechende Anträge zu stellen.

Ein Hinweis: Sofern sich dies herauskristallisieren sollte, sollte vorher geprüft werden, ob die avisierten Mittel für diese Zwecke verwendet werden können. Das Sondervermögen ist beispielsweise nicht für laufende Kosten vorgesehen, sondern für Investitionen. Man müsse schauen, ob es für diesen Zweck nutzbar ist, bevor ein Antrag gestellt wird.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

Nach dem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

8 Schließung der gemeinsamen Sitzung

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die gemeinsame Sitzung um 19:38 Uhr.

9 Weiterführung der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses

Die alleinige Sitzung des Haupt- und Personalausschusses wird direkt im Anschluss fortgesetzt.

10 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt die Beschlussfähigkeit mit 10 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

11 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 19.11.2025 bekannt:

- Grundstücksangelegenheit
 - Grundstücksverkauf im Bereich Gewerbegebiet Dessau-Mitte (Polysiusstraße)

- Unternehmensangelegenheiten
 - Nachtrag zum Betriebsleitervertrag des Eigenbetriebes Stadtpflege
 - Beschluss zur Zuführung zu den Gewinnrücklagen
 - Bestellung eines Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2025 der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH
 - Beschluss zum Verkauf der Anteile der Fernwärme Roßlau GmbH an die Fernwärmeversorgungs-GmbH Dessau (FWV)
 - Erwerb einer Beteiligung in Höhe von 50% des Stammkapitals an der „AnhaltEcoStore GmbH“ (AES) zur Errichtung und zum Betrieb eines Batteriespeichers in Dessau-Roßlau, Ortsteil Roßlau
 - Zukunftssicherung des Verkehrslandeplatzes „Hugo Junkers“.

12 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen vorliegen.

13 Beschlussfassungen

13.1 Abberufung und Berufung eines Stadtbezirksbeirates in den Stadtbezirksbeirat Süd/Haideburg/Törten Vorlage: BV/356/2025/I-OR

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

13.2 Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/316/2025/I-14

Herr Marquardt, amtierende Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, führt in die Thematik ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck verlässt die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 9 stimmberechtigende Mitglieder. Die Sitzungsleitung wird an Herrn Adamek, stellvertretender Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses.

Danach wird die Beschlussvorlage in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

**13.3 Unternehmensangelegenheiten - Jahresabschluss 2024 der
Industriehafen Roßlau GmbH (IHR)
Vorlage: BV/342/2025/II-20BTM**

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung den geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2024 der Industriehafen Roßlau GmbH mit einer Bilanzsumme von 2.742.192,52 EUR und einem Jahresfehlbetrag von 67.257,22 EUR einschließlich Lagebericht festzustellen.

Abstimmungsergebnis: 08:00:01

**13.4 Unternehmensangelegenheiten - Jahresabschluss 2024 der
Industriehafen Roßlau GmbH (IHR) - Ergebnisverwendung
Vorlage: BV/343/2025/II-20BTM**

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck betritt die Sitzung und übernimmt die Sitzungsführung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 10 stimmberechtigende Mitglieder.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Industriehafen Roßlau GmbH folgenden Beschluss zu fassen: Der Jahresfehlbetrag 2024 in Höhe von 67.257,22 EUR wird dem aus Vorjahren bestehenden Verlustvortrag von 2.001.098,78 EUR hinzugerechnet und der daraus ergebende Bilanzverlust von 2.068.356,00 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**13.5 Unternehmensangelegenheiten - Entlastung des Aufsichtsrates der
Industriehafen Roßlau GmbH (IHR) für das Geschäftsjahr 2024
Vorlage: BV/344/2025/II-20BTM**

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Industriehafen Roßlau GmbH der Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2024 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 08:00:02

13.6 Teilnutzung des Standortes Dessau Center als Bildungs- und Verwaltungscampus Vorlage: FV/021/2025/PDR

Herr Grünthal, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, führt in die Thematik ein. Weiterhin beantragt er das Rederecht für Herrn Florian Langer. Diesem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt (09:00:01).

Herr Langer (Architekt) stellt anhand einer Präsentation eine Machbarkeitsstudie vor.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, ist etwas verwundert über die Stellungnahme der Verwaltung, da er in den letzten Gesprächen eine andere Wahrnehmung hatte. Er bittet um weitere Erläuterungen dazu. Zudem findet er bedenklich, dass die Beschlussvorlage die Umsetzung auf drei Monate begrenzt, was zwar zwingend notwendig, jedoch sehr sportlich ist. Er bezweifelt, dass dies umsetzbar ist. Er fragt, inwieweit die Verwaltung überhaupt in der Lage ist, das Geforderte umzusetzen.

Frau Lohde, Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, sieht im ersten Schritt die Aufgabe der Stadt darin, dem Eigentümer die notwendigen Daten zur Verfügung zu stellen, etwa das Raumbuch für eine Schule und den groben Raumbedarf der Verwaltung, damit der Eigentümer kalkulieren kann, was dies kosten würde. Dies überfordere die Stadt zunächst nicht, ob es finanzierbar ist, müsse die Planung zeigen.

Zweitens müsse bei jedem Schritt die Wirtschaftlichkeit abgewogen werden. Die Frage ist, warum dieser Schritt gegangen werden sollte – er müsse darstellbar und zum Vorteil der Stadt sein. Es gibt zwei sanierungswürdige Schulen, der Raumbedarf ist geklärt, insofern ist man gut vorbereitet. Andererseits habe man auch über andere Objekte wie die Schade-Brauerei nachgedacht. Die Stadt muss klären, ob es aus ihrer Sicht wirtschaftlich an anderer Stelle sinnvoller wäre. Dies ist nicht Aufgabe des Eigentümers und werde sicher länger als ein Vierteljahr dauern.

Sie merkt kritisch an: Die Stadt habe viel Leerstand, nun werde hier verdichtet. Das gehe wirklich an den Eigentümer – es ist nicht die richtige Richtung, mehr Fläche zu generieren, als bereits vorhanden ist. Alle sind falsch beraten, wenn man das tut. Es entspricht nicht der Stadt, mehr Fläche zu schaffen. Auch die Frage, wo die Autos stehen sollen, sei relevant – Tiefgaragen werden teuer. Zusätzlich Wohnungen

hinten anzubauen, bei 70 Prozent Leerstand in der Innenstadt, passe nicht zusammen. Man müsse sich bewusst machen, dass die Stadt sehr ländlich aufgestellt ist und nicht mit Hamburg oder Berlin vergleichbar – das sei keine Bewertung, sondern eine Tatsache. Sie wünscht sich, dass man nicht immer "on top" noch mehr hinzufügen möchte, sondern redlich miteinander umgeht. Die Studie werde dies zeigen. Die Hauptarbeit liege im ersten Schritt beim Eigentümer direkt.

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr L. Nothdurft, Fraktion AfD, zur Sitzung. Herrn Dr. J. Nothdurft übergibt sein Stimmrecht und die Beschlussfähigkeit verbleibt bei 10 stimmberechtigten Mitgliedern.

Nach einer ausführlichen Aussprache wird die Fraktionsvorlage zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 04:05:01

14 Öffentliche Anfragen und Informationen

Es werden keine Wortmeldungen hervorgebracht.

Nachdem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

19 Schließung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 21:22 Uhr.

Dessau-Roßlau, 08.01.26

Dr. Robert Reck
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

J. von Kloeden
Schriftführer